

Die Einbeziehung von Migrantenökonomien in Strategien stadtteilorientierter Wirtschaftsförderung

Das Thema dieser Tagung lautet: „Lokale Ökonomie als Integrationsfaktor für junge Menschen in sozialen Brennpunkten“. Hinter diesem Thema verbirgt sich eine von Ihnen zur Diskussion gestellte Zielvorstellung: „Lokale Ökonomie im Sinne einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung unterstützt die Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten“.

Von meinem Vortrag erwarten Sie hierzu eine spezifische Perspektive: Die Einbeziehung von Migrantenökonomien in Strategien stadtteilorientierter Wirtschaftsförderung. Ich werde hierzu verschiedene Aspekte aufgreifen und reflektieren, um Ihnen am Ende meines Vortrages eine Einschätzung zu ermöglichen, unter welchen zu definierenden Zielen und Ideen Lokale Ökonomie die Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten unterstützen kann.

Sprechen wir über Lokale Ökonomie als Integrationsfaktor und in diesem Kontext von der Einbeziehung von Migrantenökonomien in eine stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung so bedarf es drei definitorischer Eingrenzungen, die, wie sich zeigen wird, auf die wechselseitigen Bedingtheiten der Thematik hinführen:

Zum Ersten: Der Begriff der Integration ist im Großen Brockhaus (18. Auflage, 2001, S. 561-562) u.a. wie folgt beschrieben:

„In der Philosophie gilt Integration bei H. Spencer als Grundbegriff einer als fortschrittlich aufgefassten Entwicklung und ist der für alle natürlichen wie sozialen Prozesse kennzeichnende Vorgang des Zusammenwachsens zu komplexen Gebilden, der zugleich mit einer internen Differenzierung verbunden ist. In der Soziologie heißt Integration die Verbindung einer Vielheit von Einzelnen oder von Gruppen zu einer gesellschaftlichen Einheit, die sich in der Annahme kulturspezifischer Wertvorstellungen und sozialer Normen (Integrationskerne) durch die Beteiligten äußert. Ursprüngliche Grundlage einer gesellschaftlichen Integration ist der Zwang zur Kooperation bei der Daseinsicherung (strukturierte Interaktion), aus der die Notwendigkeit der Verhaltensregulierung (soziale Kontrolle, Sanktionen) durch Institutionen folgt. Eine besondere Integrationsfunktion kommt dabei den Religionen als Instanz der Bestätigung geltender, kultureller Werte sowie den Erziehungssystemen (Sozialisationsinstanzen) zu. Eine Gefährdung der Integration kann daraus entstehen, dass die Werte und Normen bestehender Gruppierungen (Subkulturen) mit denen des Übergeordneten Systems nicht oder

nur partiell übereinstimmen.“

Zum Zweiten: In der Literatur bedeutet der Begriff der Migrantenökonomie die Existenzsicherung durch selbstständige Arbeit von Personen mit Migrantenhintergrund, d.h. dieser Begriff wird ausschließlich im Kontext mit selbstständiger Tätigkeit von Migranten/innen verwendet. Diese Definition erscheint nicht vollständig, da auch die wirtschaftliche Situation eines Migranten/innen, der lohnabhängige Arbeiten erbringt oder von Transferleistungen Dritter lebt, zur Migrantenökonomie gehört. Deshalb meine ich, dass der Begriff der Migrantenökonomie jegliche Existenzsicherung von Personen mit einem Migrationshintergrund beinhaltet.

Migrantenökonomien ließen sich gemäß dieser allgemeinen Begriffsbestimmung jeglicher wirtschaftlichen Existenzsicherung allgemeiner Art in folgende Fallgruppen einteilen:

- Migrantenökonomien, gegründet auf existenzsichernder, lohnabhängiger oder selbstständiger Tätigkeit, ausgeübt und integriert in der Mehrheitsgesellschaft,
- Migrantenökonomien, gegründet auf existenzsichernder, lohnabhängiger oder selbstständiger Tätigkeit, ausgeübt innerhalb einer eigenen Zuwanderungscommunity im Charakter von sozialräumlich konzentrierten Parallel- oder Segregationsgesellschaften (z.B. Gebiete der Sozialen Stadt),
- wirtschaftlich destabilisiert lebende Migranten/innen ohne eigenständig gesicherte Existenzgrundlage weder in der Mehrheitsgesellschaft noch in sozialräumlich konzentrierten Parallel- oder Segregationsgesellschaften, abhängig von Transferleistungen Dritter (zum Beispiel durch Selbstausbeutung innerhalb von Familienclans mit hohen geschlechtsspezifischen und generationsbezogenen Abhängigkeitsstrukturen).

Diese drei Typisierungen sind jedoch nicht abschließend. Daneben gibt es Mischformen, die gerade charakteristisch sind für die Existenzsicherung von Migranten/innen bzw. für die Existenzsicherung innerhalb zugewanderter Familiennetzwerke und Communities.

Dies ist allerdings nur eine Anregung, über die Begriffsbildung der Migrantenökonomie nochmals nachzudenken.

Für meinen weiteren Vortrag werde ich mich an den gängigen Theorieansätzen, die in der Literatur vertreten werden, orientieren. Danach wird der Begriff der Migrantenökonomie aus-

schließlich von dem Merkmal der selbstständigen Tätigkeit geprägt.

Drittens ist der Begriff der stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung bzw. der Lokalen Ökonomie in der Abgrenzung zur traditionellen Wirtschaftsförderung zu definieren.

Traditionelle Wirtschaftsförderung denkt und definiert sich im urbanen und regionalen Raum über Standortfaktoren. Wirtschaftsförderung denkt nicht in Stadtteilgrößen und hat üblicherweise keinen sozialräumlichen Blick. Wirtschaftsförderung hat nicht per se die Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik im Blick, schon gar nicht, wenn es um schwierige Zielgruppen geht. Wirtschaftsförderung korrespondiert selbstverständlich mit der Arbeitsmarktpolitik, aber der Blick ist hier ein ressourcenorientierter und erst nachrangig ein sozialorientierter. Wirtschaftsförderung denkt in Stadt- und Landesgrößen, in Flächenpotenzialen, in Logistik und der Maßstab aller wirtschaftspolitischen Betrachtungen ist mindestens ein städtischer, ein regionaler und vorzugsweise ein an globaler Größe orientierter. Traditionelle Wirtschaftsförderung interessiert sich im Regelfall nicht explizit für Stadtteile mit hohen Migrantenanteilen bzw. für jene Stadtteile, die hier im Fokus der Veranstaltung stehen – nämlich Standorte der Sozialen Stadt.

Diese Stadtteile haben in der Regel kein gutes Standortimage und sind ohne öffentliche Anstrengungen erst einmal schwieriger zu vermarkten als neu ausgewiesene Gewerbeparks oder Industrieflächen, gleich ob es sich um Wohn- oder Gewerbeobjekte oder untergenutzte Industrieanlagen handelt.

In der Sozialen Stadt hat gerade wegen dieses Defizits der Ansatz der stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung Einzug gehalten. Bereits die Entstehung des Begriffs vor ca. 25 Jahren in England ist aus einer defizitären Abgrenzung heraus entstanden. Der Ansatz setzt in seiner Entstehungszeit auf kommunal und regional bezogene Wirtschaftsentwicklungsansätze zur Entgegnung von Arbeitslosigkeit, die im großen Umfang durch Konjunkturkrisen in der Großindustrie ausgelöst wurden (Foertsch/Langschwager, www.Kleinstaedte.de/theorie).

In der Bundesrepublik traten Ende der 80-er Jahre erste Forschungsarbeiten zur Thematik von Migrantenökonomien auf (u.a. Blaschke/Ersöz 1987; Zentrum für Türkeistudien, 1991) und – damit thematisch eng verknüpft – zum Forschungsfeld Lokale Ökonomie im Kontext der Stadtteilentwicklung.

Im Zusammenhang mit der zunehmenden selbstständigen Tätigkeit von Zugewanderten vollzog sich ab Mitte der 90-er Jahre ein Paradigmenwechsel: Waren die Migranten/innen bis dahin primär Gegenstand soziologi-

scher Studien gewesen und in der öffentlichen Wahrnehmung eher ein „sozialer Aspekt“ in Verknüpfung mit „Problemen“, wurden nun Migranten/innen zunehmend potenzialorientiert betrachtet. Zu dieser Zeit liefen in vielen Bundesländern, so z.B. in den Industriestandorten des Ruhrgebietes, die Pilotprojekte zur Sozialen Stadt.

Diskutiert werden heute unter den korrespondierenden Begriffen der Migrantenökonomie und stadtteilorientierter Wirtschaftsförderung Wege und Möglichkeiten, Stadtteile mit Segregationstrends als Wirtschaftsstandorte aus ihren eigenen Ressourcen heraus zu entwickeln, ihr Image zu verbessern und Betriebe, Firmen, Dienstleistung und Infrastruktur im Stadtteil zu halten oder gar neu anzusiedeln. Soziale Stadt-Standorte haben nach den Strategien einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung eine Entwicklungschance als Wirtschaftsstandort, wenn es um unspektakuläre Standorte für Start-up-Firmen geht und wenn es sich um Standortstabilisierungen und Existenzsicherungen und Gründungen von Migrantenökonomien handelt. Soziale Stadt-Gebiete haben unter diesen Gesichtspunkten durchaus einen eigenen und keineswegs einseitigen negativen Standortcharakter.

Ich zitiere die Autoren Idik und Schnetger mit einer aktuellen Einschätzung zur Thematik und fasse einige Ausführungen der Kollegen dazu wie folgt zusammen:

„Neben Soziologen und Pädagogen beschäftigen sich zunehmend Ökonomen und Städtebauer mit Migration und ihrer Wechselbeziehung zur Aufnahmegesellschaft. Die gesamtgesellschaftliche Herausforderung wie die Verschiebung der Alterspyramide mit ihren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, der Strukturwandel in den traditionellen Industrien mit entsprechenden Folgen für die Kommunen sowie die lang anhaltende Diskussion um ein neues Zuwanderungsgesetz halten das Thema aktueller denn je. Insbesondere die regionale bzw. lokale Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge offenbart die Bedeutung der Migrantenökonomie. Ihre Problemlösungskompetenz wird zunehmend akzeptiert“ (Idik/Schnetger 2004, S.157).

Idik und Schnetger (Ebenda, S.161–162) führen weiterhin aus, dass es zur Herausbildung und Funktion von Migrantenökonomie zwei theoriegeleitete Erklärungsansätze gibt:

Der eine Ansatz, als Kultur- bzw. Ressourcenansatz bezeichnet, macht die Entstehung und Funktion der Migrantenökonomie an kulturellen Besonderheiten der ethnischen Gruppen fest.

Der andere Ansatz, der so genannte Reaktionsansatz sowie der Ansatz der Nischenöko-

nomie erklärt die Entstehung und Funktionsweise der Migrantenökonomien in Bezug auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Betriebsgründungen und -führungen von Migranten/innen fördern oder erschweren (zitiert nach: Fischer 2001, S. 30).

Der Kulturansatz erklärt die Selbstständigkeit von Migranten/innen als Ereignis spezifischer kultureller Merkmale, die die unternehmerische Aktivität begünstigen. Es wird angenommen, dass es eine kulturell geprägte Neigung zur Selbstständigkeit gibt, unterstrichen wird dies häufig mit Begriffen wie „Basar-Mentalität“ oder „ausgeprägte Händler-Neigung von Muslimen“. Zur Erklärung von Migrantenökonomien werden im Kulturmodell wie auch im Ressourcenansatz die kulturellen Werte und Normen der Herkunftsländer als ausschlaggebend für das wirtschaftliche Verhalten der Migranten/innen in der Aufnahmegesellschaft herangezogen. Dieser Ansatz steht vor allem bei früheren Arbeiten zur Erklärung von Migrantenökonomien im Vordergrund, ist heute allerdings weitgehend aus der Diskussion verschwunden, da er sich statistisch – wie nachfolgend dargelegt wird – inzwischen nicht mehr als haltbar erweist.

Einige statistische Daten, interpretiert in einem Aufsatz dieses Jahres von Veysel Özcan, bestätigen diese Einschätzung:

Statistisch ist die Zahl der ausländischen Selbstständigen parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit stark gestiegen. 1975 waren 2,6% der ausländischen Erwerbstätigen selbstständig beschäftigt, 1985 lag die Quote bei 6,1%, blieb bis zum Jahr 1991 relativ konstant bei 6,7% und liegt im Jahr 2003 bei 9,6%, Tendenz steigend. Als Vergleichsgröße: Die Zahl der Selbstständigenquote der Deutschen lag im Jahr 1991 bei 8,2%, im Jahr 2003 betrug sie 10,4%. Özcan stellt weiter fest, dass Italiener und Griechen höhere Selbstständigenquoten als deutsche Erwerbstätige aufweisen und die Zahl der türkischen Selbstständigen in den 90er Jahren besonders stark gestiegen ist (vgl. hierzu: Özcan 2004, S. 131).

Unter Berufung auf weitere Forschungsarbeiten bilanziert Özcan diese Entwicklung weiter, ich zitiere (Ebenda, S. 134):

„Trotz dieser nicht eindeutig geklärten Beziehung zwischen parallel steigenden Zahlen von ausländischen Arbeitslosen und Selbstständigen wurde vor dem Hintergrund dieser Entwicklung abgeleitet, dass die Selbstständigkeit von Ausländern nur begrenzt Merkmale einer positiven Integration in den Arbeitsmarkt aufweise (Zitiert nach: RWI 2001, Rudolph et al. 1997). Die Unternehmen würden sich, da die selbstständigen Ausländer nur geringe Qualifikationen aufzuweisen hätten und zudem

ihre finanziellen Mittel äußerst begrenzt seien, vor allem im arbeitsintensiven und wenig lukrativen Gastgewerbe und (Einzel)Handel konzentrieren, wo die Einstiegsbarrieren vergleichsweise niedrig sind. Was danach folge, sei keine Erfolgsgeschichte, sondern vielmehr ein „Wechsel vom marginalen Arbeitnehmer zum marginalen Selbstständigen (unter Berufung auf: von Löffelholz et al. 1994, S. 94).“

Özcan stellt provokant und berechtigt die Fragen:

„Zeigt die Selbstständigkeit von Ausländern in Deutschland Zeichen einer gelungenen wirtschaftlichen Integration? Oder erkennen wir vielmehr eine ökonomische Marginalisierung als Folge relativ schlechter Chancen auf dem Arbeitsmarkt für abhängige Beschäftigte?“ (Ebenda, S. 134).

Diese Frage gehört nach meiner Erkenntnis zum Dreh- und Angelpunkt bei der in Ihrer Tagung diskutierten Zielvorstellung, Lokale Ökonomie im Sinne einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung unterstütze die Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten.

Bei der Einbeziehung von Migrantenökonomien in Strategien einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung spielen nämlich deren qualitative Befunde die entscheidende Rolle, wenn ihnen eine Integrationsfunktion für junge Menschen in sozialen Brennpunkten zukommen soll.

Ich darf deshalb, auf den zweiten, theoriegeleiteten Erklärungsansatz zur Migrantenökonomie zurückkommen, nämlich zum Reaktionsansatz bzw., zum Ansatz der Nischenökonomie. Ich zitiere die Ausführungen von Idik und Schnetger dazu:

„Dem Reaktionsansatz liegt die Annahme zu Grunde, dass in den Herkunfts- wie in den Aufnahmeländern der Migranten/innen nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen bestehen, die das Handeln der Migranten/innen determinieren. Die Selbstständigkeit von Migranten/innen wird als Reaktion auf bestimmte externe Faktoren des Aufnahmelandes gesehen. Diese können zum einen enge rechtliche Handlungsspielräume sein, zum anderen aber auch entscheidende Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt. Abhängige Beschäftigung von Migranten/innen konzentriert sich vor allem in konjunkturrempfindlichen und prestigearmen (Anmerkung der Vortragenden: sowie bildungsschwachen) Bereichen, in denen die Gefahr der Arbeitslosigkeit relativ hoch ist. Des weiteren trägt die bestehende Benachteiligung der Migranten/innen auf dem Arbeitsmarkt dazu bei, dass eine Existenzgründung häufig essenziell für die Existenzsicherung wird. Existenzgründung wird hier als eine Überlebensstrategie als Antwort auf Diskriminierung und verweigerte

berufliche Aufstiegschancen innerhalb der Ökonomie der Aufnahmegesellschaft verstanden.“ (Idik/Schnetger 2004, S.162).

Özcan beschreibt diese Entwicklung paradox als „Flucht in die Selbstständigkeit“ (Özcan 2004, S.133).

Der Ansatz der Nischenökonomie geht davon aus, so Idik und Schnetger: „dass die Konsumbedürfnisse der Migranten/innen ein spezifisches Nachfragepotenzial schaffen, für dessen Befriedigung Selbstständige der gleichen Herkunft die ‚kulturelle Kompetenz‘ besitzen, diese Nische zu besetzen“.

Unter Berufung auf eine Forschungsarbeit aus dem Zentrum für Türkeistudien beschreiben Idik und Schnetger einen ganz entscheidenden positiven Wendepunkt für die Entwicklungsperspektive von Nischenökonomien, der in meinen abschließenden Ausführungen auch das Erfolgskriterium für die Einbeziehung von Migrantenökonomien in Strategien stadtteilorientierter Wirtschaftsförderung darstellt und gleichzeitig ausschlaggebend ist für die Chancen dieses Handlungsansatzes als Integrationsfaktor für junge Menschen in sozialen Brennpunkten. Ich zitiere (Idik/Schnetger 2004, S.163):

„Das Zentrum für Türkeistudien ergänzt den Ansatz der Nischenökonomie um den dynamischen Erklärungsansatz ‚Von der Nische zum Markt‘. Hierbei wird ebenfalls zunächst die Existenzgründung von Migranten/innen in der ökonomischen Nische mit ethnischer Grenzziehung als erster Schritt gesehen. Aber mit der Zeit findet eine Entwicklung statt, die geprägt ist von Lernprozessen. Es erfolgt ein schrittweiser Anschluss an die heimische Wirtschaft. Die selbstständigen Migranten/innen öffnen sich gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Dieser Prozess der Öffnung wird beschleunigt durch ein zunehmendes Entgegenkommen deutscher Kunden, der Geschäftspartner/innen sowie der rechtlichen-institutionellen Einrichtungen. Innovationsfreudige Unternehmer/innen bauen ethnische Grenzen ab, um auch deutsche Kunden für sich zu gewinnen und somit die Existenzgründung auf Basis breiter Nachfrage zu stellen (unter Berufung auf: Fischer 2000, S.37).“

Hier wird ein – zugegebenermaßen – idealtypischer Prozess beschrieben. Danach ist das entscheidende Erfolgskriterium für die Strategie der Einbeziehung von Migrantenökonomien in einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung ihre Öffnung zur Aufnahmegesellschaft hin.

Dies ist jedoch keine Einbahnstrasse: die Aufnahmegesellschaft hat nämlich ihrerseits Rahmenbedingungen für Migrantenökonomien zu schaffen, die diese Öffnung erst ermög-

lichen kann. Nur so kann Lokale Ökonomie im Umkehrschluss als Integrationsfaktor für junge Menschen in sozialen Brennpunkten wirksam werden.

Deshalb konzentriere ich mich in meinen abschließenden Ausführungen auf die Formulierung von Thesen, unter welchen Voraussetzungen Migrantenökonomien die soziale, ökonomische und baulich-räumliche Öffnung in die Aufnahmegesellschaft gelingen könnten.

Für die Thesenbildung werde ich mich auf drei Quellen beziehen: Zum Ersten wurde in Hessen vergangenen Monat eine Zwischenbilanz zur fünfjährigen Programmpraxis Soziale Stadt gezogen, aus der ich Erkenntnisse einfließen lassen werde. Zum Zweiten habe ich für die Hessen Agentur in diesem Jahr im Auftrag der Schader-Stiftung eine Expertise zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes erstellt, aus der ergänzende Erkenntnisse zur ökonomischen Integration von Zugewanderten in der Bundesrepublik abgeleitet werden können. Und Drittens habe ich zur Untermauerung meiner Thesen ein Gespräch mit dem türkischen Pächter eines Kasseler Innenstadt-Cafés, Herrn Ali Köksal, geführt.

Nach Auswertung dieser drei Quellen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. These:

Schulbildung und Sprachförderung von Migranten/innen sind die zentralsten Voraussetzungen der Sicherung ihrer ökonomischen Existenz in lohnabhängiger oder selbstständiger Tätigkeit.

Bezeichnenderweise begann das Gespräch mit Herrn Köksal über die wirtschaftliche Integration von Migranten/innen und deren selbstständigen Existenzgründungschancen mit dem Schulthema und den Bildungschancen von Migrantenkindern und endete auch dort wieder.

Der erste Satz von Herrn Köksal, der als Kind mit 10 Jahren in Deutschland eingeschult wurde, danach eine Maurerlehre absolvierte, bis heute als VW-Arbeiter tätig ist und immer mit selbständiger Arbeit zum Familieneinkommen dazu verdient hat, lautete: „Das Drama der Integration hat in der Schule angefangen, aber volle Lotte“.

Eine besondere Benachteiligung wird dabei von ihm für die Frauen und Mädchen beschrieben. Als engagierter Patriarch und leidenschaftlicher Vater schwört er heute auf eine gute Schulbildung für seine drei Kinder, davon sind zwei Töchter. In der Schule habe man seine Kinder zu Sonderfällen gestempelt und nicht deren Lernproblematik erkannt. Damit wird von Herrn Köksal der Sache nach das Problem angesprochen, dass statt Integrati-

onspädagogik in der Vergangenheit wie in der Gegenwart Ausländerpädagogik an unseren Schulen betrieben wurde.

Doch die Kritik von Herrn Köksal trifft auch die eigene Community und dort vor allem das eigene Geschlecht, Zitat: „Man hätte die Männer zwingen sollen, dass die Ehefrauen Deutsch lernen müssen“. Danach hätte sich Herr Köksal ein restriktiveres Vorgehen der Mehrheitsgesellschaft in Sachen Sprachanforderung gewünscht, was er damit begründet, dass heute in 90 % der zugewanderten Familien ein deutsch-türkisch Sprachgebrauch vorherrsche, bei dem in den Sätzen selbst und von Satz zu Satz permanent zwischen deutscher und türkischer Sprache gewechselt werde. Gewählt wird intuitiv das Wort aus der emotionalen Verbindung zur jeweiligen Sprache. Herr Köksal umschreibt dies mit: „Wir leben in zwei Welten. Und das ist nicht gut.“

In der Hessischen Zwischenbilanz zur Sozialen Stadt wurde festgestellt, dass – abgesehen von guten Beispielen mit engagierten Stadtteilschulen – die Schule nicht selbstverständlich zu den Kooperationspartnern zählen. Gleichmaßen wurde festgestellt, dass die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule nicht optimiert genutzt wird. Programme wie LOS und E&C leisten für die Kooperationspielräume in der Sozialen Stadt erhebliche Verbesserungen.

Die wissenschaftliche Begleitforschung in Hessen zum Schwerpunkt Schule und Bildung, geleitet von Prof. Radtke von der Universität in Frankfurt, spitzt die Situationsanalyse von Schulen in Stadtteilen der Sozialen Stadt zu und spricht von der Gefahr einer „Institutionelle Diskriminierung“ (Gomolla/Radtke 2002). Das heißt, im ungünstigsten Fall wird die Schule durch das niedrige Bildungsniveau, für das sie durch segregierte Schülerschaft im gesamtstädtischen Kontext steht, selber zu einem Segregationsfaktor. Stabile Familien verlassen diese Stadtteile, damit die Kinder andere Schulen besuchen. Die Institution Schule leistet in diesen Fällen nicht das bildungspolitische Ziel, gerade aus diesen Stadtteilen die nachfolgende Generation durch Bildungsanschluss für die Aufnahme in die Mehrheitsgesellschaft vorzubereiten. In der Konsequenz wachsen ganze Generationen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund heran, die als niedrigstqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sein werden.

Herr Köksal kommentiert das bildungspolitische Ziel für seine Community prägnant: „Nur die Besten kommen voran. Die Abschlüsse von unseren Kindern müssen besser sein.“

In der von mir verfassten Expertise für die Schader-Stiftung zur „Sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittel-

städten des ländlichen Raumes“ ergaben die Experteninterviews in einem Fallbeispiel eine erstaunliche Perspektive zum Schulthema: Der seit den 90-er Jahren stark ansteigende Umzug von Migrantenfamilien aus dem Oberzentrum Kassel in Klein- und Mittelstädte des ländlichen Raumes wird von den Familien u.a. damit begründet, ihren Kindern durch den Besuch von Schulen mit überwiegend deutschen Schülern eine bessere Schulbildung bieten zu können.

2. These:

Die sozialräumliche Dichte von Zuwanderungs- und Aufnahmegesellschaft im ländlichen Raum befördert die ökonomische Integration von Migranten/innen.

Die Expertise für die Schader-Stiftung wies hierzu verschiedene Phänomene aus:

Die stadträumliche Dichte von Klein- und Mittelstädten zwingt Aufnahmegesellschaft wie Zuwandernde zu einer wechselseitigen Auseinandersetzung mit den Unterschieden der Kulturen und zu einem Gewöhnen aneinander. Der wechselseitigen Akzeptanz und Anerkennung folgen als Zeichen der gelungenen Integration ein Vertrauen und Verstehen. Segregationen, wie in Großstädten, sind sozial, ökonomisch und räumlich bei weitem nicht so ausgebildet beziehungsweise können überwunden werden. Deshalb werden in ländlich strukturierten Regionen auch starke Zuwanderungswellen, wie in einer südhessischen Kleinstadt mit dem Produktionsstandort des größten Farbenherstellers Europas, politisch und emotional progressiver bewältigt als in den Großstädten zu beobachten.

Weiter konnte in der Expertise festgestellt werden, dass Zugewanderte heute in der Etablierungsphase ihrer Zuwanderung in zweiter und folgender Generation ganz entscheidend zur ökonomischen Belebung von Klein- und Mittelstädten beitragen.

Migranten/innen beleben inzwischen auch den Immobilienmarkt. In Großstädten vollzieht sich diese Entwicklung räumlich segregiert, im ländlichen Raum räumlich gestreut.

Auch hier zeigen sich Vorteile des ländlichen Raumes, der mit niedrigen Immobilienpreisen gerade Zuwandernden Eigentums- und Existenzgründungschancen ermöglicht. Dort wo Konzentrationsprozesse großer Märkte in Stadtrandlagen stattgefunden haben, schließen Migrantenökonomien innerstädtische Angebotslücken. Interessant ist dabei die Beobachtung: Mit der Vielfältigkeit der ökonomischen Aktivitäten von Zuwandernden und dem damit verbundenen Erfolg, im klein- und mittelstädtischen Kontext mit engen Nachbarschaften schneller wahrnehmbar, geht auch die Anerkennung in der Mehrheitsgesellschaft einher. Migrantenö-

konomien finden eine gute Etablierung innerhalb des Marktangebotes der Gesamtstadt und werden als Mitbewerber geschätzt.

3. These:

Wirtschaftsfördernde Institutionen müssen sich der Zuwanderungsgesellschaft mit Zusatzangeboten der Beratung, Qualifizierung und Förderung öffnen. Das muss der Regelfall sein und nicht Best-practice.

Herr Köksal, der, wie er sagt, das Selbständige „im Blut“ hat, bemerkt: „Die Städte haben bis weit in die 80-er durch die gesetzlichen Regelungen den Geschäftssinn der Türken eingeschränkt“. Zur Situation heute meint er: „Es gibt viel zu viel Bürokratie, um sich selbstständig zu machen. Und die Arbeit wird so teuer, weil die Meisterausbildung so teuer ist. Für uns Türken müsste es Lehrgänge und andere Qualifizierungen geben.“

Mit der Lockerung der gesetzlichen Rahmenbedingung ist ein stetiger Anstieg der Selbstständigkeit von Zugewanderten seit der 90-er Jahre zu verzeichnen. Dennoch sind die institutionellen Barrieren für zuwandernde Communities ungebrochen hoch und erschweren die Einstiegschancen. Die gleichen Schwierigkeiten bestehen nach wie vor im Kreditwesen bzw. bei Förderdarlehen.

Qualifizierungsmaßnahmen, ausgerichtet auf die Zielgruppe von Migranten/innen in Basics wie Steuer-, Gewerbe- und Handelsrecht sollten deshalb in den einschlägigen Institutionen zum Regelangebot gehören. Die Inhaber von Migrantenbetrieben können für junge Menschen aus der Zuwanderungsgemeinschaft nur dann einen Integrationsfaktor darstellen, wenn sie qualifizierte Arbeit- und Ausbildungsplätze bieten und sich am Markt über den Stadtteil hinaus konkurrenzfähig entwickeln.

In der hessischen Zwischenbilanz werden in der Befragung der Kommunen nach wie vor „Berührungsdefizite“ zwischen Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigungs- und Sozialpolitik festgestellt. Grundsätzlich gehören private Akteure und Vertreter der Wirtschaft verstärkt mit an die „Runden Tische“ der Sozialen Stadt. Die Identifikation und Eigenverantwortlichkeit von wirtschaftlich engagierten Personen(kreisen) im Quartier sind eine der wichtigsten Ressourcen zur nachhaltigen Stadtentwicklung, denn ihr Interesse am Stadtteil und an der Stadt ist in aller Regel ein langfristiges.

4. These:

Die letzte und abschließende These lautet: Lokale Ökonomie bzw. stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung muss sich in ihren Visionen zukünftig verstärkt an dem wirtschaftlichen Öffnungsprozess von Migrantenökonomien

zur Aufnahmegesellschaft hin orientieren, der sich weit über den Sozialraum hinaus definiert.

Stadtteile der Sozialen Stadt und die Förderprogramme, die hier eingesetzt werden, sollten diese Transformationschancen zwischen Zuwanderungsgemeinschaften und Aufnahmegesellschaft immer wieder neu in die Zielformulierungen der Programme aufnehmen und im Praxisfeld durch entsprechende Handlungsansätze umsetzen. Wichtig ist dabei, dass die Leitbilder, die für die Entwicklungsziele in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf aufgestellt werden, auch politisch getragene Ziele der Gesamtstadt sind und im Horizont über einen Förderzeitraum von Programmen hinausgehen.

Ich komme zu einer Schlusseinschätzung:

Die soziale Stadt und die entsprechenden Komplementärprogramme sind gegenwärtig – Reparaturmaßnahmen – einer in der Bundesrepublik über 30 Jahre verkannten und verpassten Integrationspolitik. Es scheint derzeit so, als überrolle uns ein zuvor verschlafener gesellschaftspolitischer und philosophischer Diskurs zu den Fragen des Zuzugs von Menschen anderer Herkunftsländern und anderer Ethnien. Interessant an dieser Diskussion ist, dass sich die unterschiedlichen politischen Kräfte unseres Landes zwar nach wie vor völlig uneins in der Frage sind, wie eine versäumte Integrationsdebatte nun in den problematischen Konsequenzen aufzuholen ist. Große Einigkeit dahingegen besteht partei-, religions- und institutionsübergreifend, dass wir es nunmehr mit einem weit fortgeschrittenen Prozess der Zuwanderung zu tun haben, der bislang ohne hinreichende Differenzierung und ohne hinreichende Steuerung stattgefunden hat. Nahezu alle großen Parteien sind ehrlich genug, eigene Fehleinschätzungen einzuräumen. Es liegt deshalb an Politik, Wissenschaft und Praxis, Ideen, Ziele und Methoden zu erarbeiten und zu erproben, um die zuvor benannten Versäumnisse nachträglich zu korrigieren.

Ich bin sicher, dass diese Tagung hierzu vielfältige Anregungen liefert.

Literaturverzeichnis

- Blaschke, J./ Erzös, A. (1987): Herkunft und Geschäftsaufnahme türkischer Kleingewerbetreibender in Berlin. Berlin
- Boos-Krüger, A. (2004): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. In: Verbundpartner im Projekt Zuwanderer in der Stadt (Hg): Expertisen-Sammelband im Projekt Zuwanderer in der Stadt (2005). Darmstadt

- Der große Brockhaus, 18. Auflage (2001). Leipzig
- Fischer, I. (2001): Ethnische Ökonomien als Potenzial zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile? Dortmund
- Foertsch, C./ Langschwager, A.: www.kleinstaedte.de/theorie
- Fünf Jahre Soziale Stadt in Hessen – Zwischenbilanz Empfehlungen für die Programmführung, HEGISS Materialien Servicestelle 3 (2004): www.hegiss.de/dokumentation
- Gomolla, M./ Radtke F.-O. (2002): Institutionelle Diskriminierung – Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule –. (Hg.): Leske + Budich. Opladen
- Idik, E./ Schnetger, M. (2004): Barrieren einer geeigneten Förderstruktur. In: Hanesch, W. / Krüger-Konrad K. (Hg.) (2004): Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die Soziale Stadt, S. 157-178. Wiesbaden
- Özcan V. (2004): Ausländische Selbständige in Deutschland. In: Hanesch, W./ Krüger-Konrad K. (Hg.) (2004): Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die Soziale Stadt, S. 131-156. Wiesbaden
- Rudolph, H./ Hillmann, F. (1997): Döner contra Boulette – Döner und Boulette: Berliner türkischer Herkunft als Arbeitskräfte und Unternehmer im Nahrungsgütersektor. In:
- Häußermann, H./ Oswald, I. (Hg.) (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan Sonderheft 17. Opladen
- RWI Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern und Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission ‚Zuwanderung‘. Essen
- Von Löffelholz, H. D./ Gieseck, A./ Buch. H. (1994): Ausländische Selbstständige in der Bundesrepublik. Unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern. Berlin

Kontakt:

Dr. Annegret Boos-Krüger
HA Hessen Agentur GmbH

Am Hange 25

34130 Kassel

Fon: 0561.7289928

Email: annegret.boos-krueger@feh-hessen.de